

Antrag

der Abgeordneten Dr. Apel, Roth, Bahr, Frau Blunck, Börnsen (Ritterhude), Dreßler, Duve, Dr. Ehrenberg, Ewen, Frau Faße, Gansel, Graf, Grunenberg, Dr. Hauchler, Heyenn, Hiller (Lübeck), Jansen, Dr. Jens, Jungmann, Klose, Koschnick, Kuhlwein, Dr. Niese, Paterna, Schütz, Frau Simonis, Frau Terborg, Tietjen, Waltemathe, Würtz, Zumkley, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Erhaltung der Arbeitsplätze bei den deutschen Werften

Der katastrophale Auftragseinbruch bei den deutschen Werften macht ein umgehendes Handeln erforderlich, um die nach dem unumgänglichen Abbau verbleibenden Schiffbaukapazitäten und Arbeitsplätze zu erhalten. Die 6. EG-Schiffbaubeihilferichtlinie eröffnet dafür Handlungsmöglichkeiten. Die derzeit gewährten deutschen Schiffbauhilfen bleiben insbesondere für Exporte in Industrieländer so weit unter der möglichen und von anderen EG-Ländern genutzten Förderung, daß nicht vertretbare Wettbewerbsverzerrungen zur europäischen Konkurrenz bestehen bleiben.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den gemeinsamen Vorstellungen der Küstenländer zur Ausgestaltung deutscher Schiffbau- und Schifffahrtshilfen in Anpassung an die neue 6. EG-Schiffbaubeihilferichtlinie zu folgen. Die Bundesregierung wird gebeten,

- a) im Bereich der Schiffbauhilfen eine einheitliche Auftragsförderung für die Werften in Höhe von 20 % für Inlands- und Auslandsaufträge im Handelsschiffsneubau und -umbau zu gewähren;
- b) bei Fortsetzung der Zahlung von Finanzbeiträgen an deutsche Reeder eine Reederhilfe in Höhe von 7,5 % für die deutsche Schifffahrt aufrechtzuerhalten, die allein an die Führung der deutschen Flagge gebunden ist. Damit sollen die Betriebskosten für die Schifffahrt unter deutscher Flagge internationalen Bedingungen angepaßt werden.

Durch Umsetzung der einschlägigen Haushaltsansätze des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesverkehrsministers können für das Haushaltsjahr 1987 die dafür erforderlichen Mittel des Bundes zum größten Teil bereitgestellt werden.

Damit kann das Ziel eines innerhalb der EG wettbewerbsneutralen Abbaus der Schiffbau-Subventionen in den folgenden Jahren weiterverfolgt werden.

Bonn, den 6. Mai 1987

Dr. Apel
Roth
Bahr
Frau Blunck
Börnsen (Ritterhude)
Dreßler
Duve
Dr. Ehrenberg
Ewen
Frau Faße
Gansel
Graf
Grunenberg
Dr. Hauchler
Heyenn
Hiller (Lübeck)
Jansen
Dr. Jens
Jungmann
Klose
Koschnick
Kuhlwein
Dr. Niese
Paterna
Schütz
Frau Simonis
Frau Terborg
Tietjen
Waltemathe
Würtz
Zumkley
Dr. Vogel und Fraktion